

P/XVIII/197

Bonn, den 16. Oktober 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 Ludwig Erhard 50

Der zweite Bundeskanzler der Bundesrepublik

2 Der zweite Schritt 41

Nach dem Atomteststopp-Abkommen von Moskau jetzt
Einigung über "Weltraum ohne Atomwaffen"

3 - 4 Die soziale Harmonisierung im europäischen Rahmen 70

Von G. M. Noderhorst
Mitglied des Europäischen Parlaments

An Hande notiert:

4 BULLETIN einmalig ... 25

5 Wenn einer eine Wohnung sucht ... 45

Zahlen widerlegen Lücke

6 Belgrad korrigiert 51

US-Kriegsmaterial für Jugoslawien?

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleichner

Chefredakteur Günter Markscheffel

Ludwig Erhard

sp - Der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, war mit einer Stimme Mehrheit gewählt worden. Auf seinen Nachfolger, Ludwig Erhard, entfielen von 484 abgegebenen Stimmen im Bundestag 279, genau 30 Stimmen mehr, als er sie für die absolute Mehrheit (250) gebraucht hätte. So manche Kommentatoren dürften daraus die Schlussfolgerung ziehen, Ludwig Erhard habe im Vergleich zu seinem Vorgänger die bessere Startposition gehabt, das ihm bekundete Vertrauen sei größer, als es Konrad Adenauer vor 14 Jahren besaß. Doch dieser Vergleich stimmt nicht. Im ersten Bundestag waren viele inzwischen vom Winde verwehten Parteien vertreten, im vierten Bundestag sind es nur noch drei. Zwei von ihnen, die CDU/CSU und die FDP, stellen auch unter dem neuen Bundeskanzler die Regierung, sie bilden eine Koalition, 25 Abgeordnete der Koalitionsparteien gaben ihrer Unzufriedenheit, ihrem Mißmut und ihrem fehlenden Glauben an die Stabilität der künftigen Regierung durch Stimmenthaltung demonstrativen Ausdruck; wer die eine ungültige Stimme abgab, dürfte wohl noch lange Stoff für eifriges Rätselraten abgeben.

Das Kabinett Erhard hat mit Gegnern und möglicherweise auch Abtrünnigen im eigenen Lager zu rechnen. Das ist ein nicht zu leugnender Tatbestand, der Schatten auf die Regierung wirft.

Die Entscheidung der Unionsparteien, Ludwig Erhard zum Bundeskanzler zu kreieren, trotz des erbitterten Widerstandes seines Vorgängers Konrad Adenauer, war von der Furcht geboren, auf der absteigenden Seite des Berges noch weiter nach unten zu rutschen. Wie hat sich die CDU/CSU vom Schock des Verlustes der absoluten Mehrheit erholen können. Jener 17. September versetzte ihrem Selbstbewußtsein einen Schlag, den sie nicht überwand. Die Kette von Wahlniederlagen bei den darauffolgenden Kommunal- und Landtagswahlen vermehrte die Unsicherheit, steigerte sich zur Panik und in jener Panikstimmung rangen sie ihrem freilich an Glanz stark eingebüßten Idol Adenauer das Zugeständnis zum vorzeitigen Rücktritt ab. Sie machten den Gründer ihrer Partei, den Sieger dreier Wahlkämpfe, für ihr Mißgeschick verantwortlich. Nicht vergessen soll bleiben: die Nominierung Erhards erfolgte einige Wochen vor den Landtagswahlen in Niedersachsen, in der Erwartung, nur er allein könne den Abstieg bremsen oder gar in einen Wiederaufstieg verwandeln. Adenauer als Wahlmagnet ging nicht mehr, auch treueste Anhänger verlangten seinen Skalp. Die Abschiedsreden dieser Tage und die Adenauer bewiesenen Ehrungen seiner eigenen Partei vermögen darüber nicht hinwegzutäuschen.

Ludwig Erhard tritt ein schweres Erbe an. Der Mann, der 14 Jahre lang an der Spitze stand, die deutsche Geschichte der Nachkriegszeit mit seiner Handschrift prägte, hat ihn als Nachfolger nicht gewollt und hat eine Kluft zwischen sich und ihm entstehen lassen, über die keine Brücke führt. Noch bleibt Adenauer Chef der CDU und noch steht im Raume das von ihm gesprochene böse Wort, Ludwig Erhard verstehe nichts von Politik. Es liegt nun an Erhard, es zu widerlegen. Die parlamentarische Opposition gibt ihm dazu die Chance. Ob aber die Koalition fähig sein wird, die Befürchtungen zu zerstreuen, es gebe nur seit der Wahl Erhards zum zweiten Bundeskanzler der Bundesrepublik zwei Regierungen, eine offizielle auf der Regierungsbank und eine nicht meß- und sichtbare innerhalb der Koalition, bleibt wohl offen.

Der zweite Schritt

Nach dem Atomteststopp-Abkommen von Moskau jetzt
Einigung über "Weltraum ohne Atomwaffen"

sp - Das Zwischenspiel an der Autobahn mit der Blockierung eines amerikanischen Militärkonvois durch die Sowjets hat Amerikaner und Russen keineswegs daran gehindert, ihre Verhandlungen über die Begrenzung des Einsatzes von Atomwaffen fortzuführen. Nach dem Atomteststopp-Abkommen von Moskau haben Sowjets und Amerikaner jetzt in New York gemeinsam dem politischen Ausschuß der UNO-Vollversammlung einen Resolutionsantrag vorgelegt, wonach sich alle Nationen verpflichten sollen, keine Atomwaffen in den Weltraum einzuführen. Der Antrag wird gleichzeitig den zur Zeit in Genf tagender Mitgliedstaaten des UNO-Abrüstungs-Unterausschusses vorgelegt, und es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß er dort angenommen wird.

Dieses Ereignis zeigt, daß Moskau und Washington offenbar entschlossen sind, den einmal beschrittenen Weg in Richtung auf Begrenzung des Rüstungswettlaufes fortzusetzen. Die Motive hierfür mögen unterschiedlich sein, doch ist nicht zu bestreiten, daß die jetzt seit einigen Monaten angewandte Methode des "Schritt für Schritt" zu einer gewissen Beruhigung in der Welt beigetragen hat. Niemand wird sich der Illusion hingeben, daß dadurch der seit über einem Jahrzehnt andauernde Ost-West-Konflikt, der große Konkurrenzkampf zwischen zwei Systemen, in ein Nichts aufgeht. Er ist nur entschärft worden, und die Frage, ob er noch weiter entschärft werden kann, und ob sich vor allem die Ost-West-Auseinandersetzung von der militärischen auf die politische Ebene verlagert, ist noch völlig offen.

Fast zur gleichen Stunde, da uns aus New York die erfreuliche Nachricht über den Atomwaffenverzicht für den Weltraum erreichte, ließ die französische Regierung mitteilen, Einheiten der französischen Armee hätten bereits Atomwaffen erhalten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine ähnliche Nachricht auch bald aus Peking kommt ...

Welche Methoden da nun angewandt werden müßten, um auf den von Moskau und Washington gemeinsam beschrittenen Weg weitergehen zu können, ist noch unklar. Klar dagegen ist, daß es schon zur Beruhigung beitragen kann, wenn Washington und Moskau auch weiterhin bemüht bleiben, die Zerstörungsmöglichkeiten der Welt aus freiem Entschluß zu begrenzen.

Für die Bundesrepublik ergibt sich aus einer solchen Situation die Pflicht, die Bemühungen um die Eindämmung des Rüstungswettlaufes zu fördern. Ob die jetzt zurückgetretene Regierung Adenauer in dieser Beziehung alle Möglichkeiten ausgenutzt hat, erscheint uns zweifelhaft, und ob die Regierung Erhard in dieser Beziehung etwas Neues zu bieten weiß, wird sich bald herausstellen.

Wir wollen es hoffen !

+ + +

Die soziale Harmonisierung im europäischen Rahmen

Von G. M. Nederhorst
Mitglied des Europäischen Parlaments

Die Europäische Entwicklung stagniert. Die gemeinsame Agrarpolitik und die gemeinsame Energiepolitik sind in eine Sackgasse geraten, und von einem Fortschritt der politischen Integration kann schon gar keine Rede sein. Die politische Krise in Europa ist unverkennbar und damit ist dem europäischen Einigungsprozeß vorläufig die Grundlage entzogen.

Gegen den Hintergrund dieser wenig erfreulichen Realität treten die Fortschritte auf anderen Gebieten umso klarer hervor. Der Mechanismus des Abbaus der Handelsbeschränkungen läuft ungestört weiter. Die endgültige Verwirklichung der Zollunion kommt Schritt für Schritt näher. Auch auf konjunkturpolitischem Gebiet ist ein gewisser Fortschritt zu verzeichnen. Die gemeinsamen Beratungen tragen ihre ersten Früchte. Und schließlich ist nicht zu leugnen, daß mit der immer stärker werdenden Verflechtung des Güter- und Dienstleistungsverkehrs gleichzeitig auch die soziale Harmonisierung allmählich voranschreitet.

Die niederländische Situation bietet dafür ein anschauliches Beispiel.

Dadurch, daß sie ihre Löhne und Preise niedrig hielten, versuchten die Niederlande ihren Export in die übrigen Länder der Gemeinschaft zu erhöhen. Diese Isolierung vom europäischen Markt lief jedoch auf ein vollständiges Fiasko hinaus. Massenweise ziehen niederländische Arbeiter hinüber in die Bundesrepublik Deutschland, um dort als Grenzarbeiter höhere Löhne zu bekommen. Durch den auf diese Weise entstandenen Arbeitermangel stiegen die Löhne nun auch in den Niederlanden, und so ist heute die Auffassung weit verbreitet, daß man um eine Anpassung an das europäische Lohn- und Preisniveau nicht mehr herumkommt.

Über den Stand der sozialen Harmonisierung erteilt der neueste Bericht über die soziale Lage in der Gemeinschaft interessante Auskünfte. Eine fortschreitende Angleichung der Löhne, Arbeitszeiten, sozialen Leistungen usw. ist nicht zu leugnen. In allen Ländern übertraf im letzten Jahr die Lohnentwicklung die Entwicklung der Produktivität.

Diese Tatsache wird von der EWG-Kommission besorgt festgestellt. Sie sieht darin den Keim einer beginnenden Inflation. Dabei erhebt sich die Frage, ob die EWG-Kommission, in ihrer Sorge um das monetäre Gleichgewicht, den Nachdruck nicht allzu stark und etwas einseitig auf die Lohnentwicklung legt. Über die Lohnentwicklung ist nämlich alles bekannt: statistisches Material darüber ist vorhanden. Was aber wissen wir über die Entwicklung der Einkommen der Nicht-Lohnempfänger? Welchen Einfluß haben Fehlinvestitionen auf das Gleichgewicht der Währung?

Ist es richtig, nur in der Lohnentwicklung die Gefahr einer Störung des konjunkturellen Gleichgewichts und ausschließlich in der Produktivität den Maßstab für Lohnerhöhungen zu sehen? Unsere soziale Harmonisierung ist an einem Punkt angelangt, bei dem nicht länger geschwiegen werden kann und von der EWG-Kommission verlangt werden muß, daß sie einen Standpunkt bezieht.

Auf wirtschaftlichem Gebiet ist man schon lange so weit. Zu der Frage, welche Konjunkturpolitik in einer bestimmten Situation, in einem bestimmten Land, die beste ist, äußert sich die Kommission klar und deutlich.

Wird in einem der Mitgliedstaaten eine falsche Wirtschaftspolitik betrieben, so scheut sie sich nicht, darauf hinzuweisen. Dasselbe dürfen wir heute auch auf dem sozialen Sektor erwarten. Indem sie in sozialpolitischen Fragen Partei ergreift, kann die EWG-Kommission die Entwicklung stimulieren und die Harmonisierung der Sozialpolitik fördern.

Es ist nicht damit getan, soziale Rückstände in gewissen Ländern festzustellen. Die Kommission muß auch Wege aufzeigen, auf denen diese Rückstände aufgeholt und die sozialen Unterschiede zwischen den Ländern verringert werden können.

Auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit sind die Unterschiede im Versicherungswesen zwischen den Ländern während des letzten Jahres geringer geworden; in jedem Land bestand dabei das Bestreben, die schwachen Punkte in der Gesetzgebung auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit zu verbessern. Eine Beschleunigung der Harmonisierung auf diesem Gebiet ist möglich, wenn die EWG-Kommission ihren Vorschlag durchbringt, als Kommission in die Tätigkeit der Studienausschüsse einbezogen zu werden, die in den einzelnen Staaten die Änderung oder das Zustandekommen der Sozialversicherungsgesetze vorbereiten.

So bleibt also auf dem Gebiet der sozialen Harmonisierung, auch wenn die politische Zusammenarbeit zwischen den sechs Ländern vorläufig stagniert, noch viel zu tun. Ein Grund mehr, den sozialen Fortschritt mehr als bisher auf Gemeinschaftsebene zu stimulieren.

+ + +

Am Rande notiert:

BULLETIN einmalig ...

H.B. - Das BULLETIN, vom Presse- und Informationsamt herausgegebenes Sprachrohr der Bundesregierung, brach in seiner Ausgabe vom 15. Oktober mit einer Übung, an der es seit seinem Erscheinen festgehalten hatte: keine Photos zu veröffentlichen. Das einmalige Ereignis, doch im Bild im BULLETIN zu erscheinen, galt - dreimal wird man raten dürfen - dem an eben diesem 15. Oktober aus dem Amte geschiedenen Bundeskanzler Adenauer. An und für sich wäre an diesem Photo, das auf der ersten Seite des Regierungssprachrohrs erschien, überhaupt nichts Bemerkenswertes. Schließlich war der nunmehrige Altkanzler und CDU-Abgeordnete Adenauer in den letzten Tagen und Wochen in tausender Zeitungen und Zeitschriften, schließlich war er Tag für Tag vor Millionen Sehern im Fernsehen. Etwas anders sieht es allerdings aus, wenn man die der eigenen Haustradition so sehr verhaftete Redaktion des ansonsten trockenen BULLETIN daran erinnert, daß vor viereinhalb Jahren das erste Staatsoberhaupt der Bundesregierung, Theodor Heuss, nach zehn verdienstvollen Jahren aus dem höchsten Amt der Bundesrepublik schied. Damals schienen die in allen Parteien, im In- und Ausland anerkannten Verdienste des ersten Repräsentanten der jungen Bundesrepublik nicht auszureichen, um mit der Creation des Regierungssprachrohrs zu brechen. Daß Theodor Heuss aber auch sonst - nicht nur etwa im BULLETIN - kein Abschied bereitet wurde, der sich mit dem des Kanzlers auch nur annähernd hätte messen können, sei nur am Rande notiert.

+ + +

Wenn einer eine Wohnung sucht ...

Zahlen widerlegen Lücke

D.U. - Grundsätzlich kann heute jeder Bürger wohnen, wo er will: die politischen Grenzen werden dabei von immer geringerer Bedeutung. Diese Freizügigkeit, verbunden mit der freien Wahl des Arbeitsplatzes, garantiert das Grundgesetz. In der nüchternen Wirklichkeit freilich gibt es zahlreiche Hürden. Die Vollbeschäftigung sichert die freie Wahl der Arbeitsstätte, während gleichzeitig die freie Wahl des Wohnortes meist zur Utopie wird.

In den Ballungsräumen der Wirtschaft verschärft sich die Diskrepanz zwischen Wohn- und Arbeitsort in besonderem Maße. Steigendes Arbeitsplatzangebot geht mit abnehmendem Wohnungsangebot einher. Eine frei finanzierte Neubauwohnung zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen kostet pro Quadrat im Durchschnitt 4,50 DM.

In anderen Städten des Landes ist es kaum besser. Darüber belahren die Zeitungsmeldungen und Wohnungsannoncen. Die Gesetzgebung fördert eher das Dilemma auf dem Wohnungsmarkt. Gegen die Stimmen der SPD wurde 1960 das "Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnungsrecht" im Bundestag verabschiedet. Die Freigabe der Mieten für Altbauwohnungen in rd. 400 sogenannten "weißen" Kreisen und Städten bis spätestens 1. November 1963 ist die Fortsetzung der Lücke-Gesetzgebung.

In zwei Jahren sollen diese Gesetze in der gesamten Bundesrepublik geltendes Recht sein. Die zur Tatsache erhobene Behauptung des Ministers Lücke, die Wohnungsnot sei in den von seinem Ministerium bezeichneten "weißen" Kreisen beseitigt, wird jedoch täglich Lügen gestraft. Ständig wehren sich die Meldungen aus den betroffenen Städten und Kreisen, die das Gegenteil beweisen. Auch in der Mehrzahl der "weißen" Kreise herrscht Wohnungsnot, das statistische Wohnungsdefizit bewegt sich ganz erheblich über der vom Minister zugrunde gelegten 3-Prozent-Grenze.

Dem liegt zunächst ein unterschiedlicher Berechnungsmodus zugrunde. Das Wohnungsbauministerium hat nämlich rd. 1 Million Notquartiere und mehr als 6 Millionen sanierungs- und modernisierungsbedürftige Wohnungen als vollwertige Wohnungen in seine Berechnung des statistischen Wohnungsdefizits einbezogen. Mit dem Heranrücken des Termins für die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft in den sogenannten "weißen" Kreisen wird die Auseinandersetzung um die Richtigkeit der Berechnungen und Maßnahmen offensichtlich um so heftiger. Das nordrhein-westfälische Ministerium für Landesplanung, Wohnungsbau und Öffentliche Arbeiten sah sich zu der Mitteilung veranlaßt, daß jetzt zwischen "weißen, grauen und schwarzen" Kreisen unterschieden werden müsse. Die Unsicherheit bei Mietern und Vermietern scheint sich indessen auszubreiten, jedenfalls häufen sich die Klagen von Mietern über Mietkündigung oder -erhöhungen.

Wie der Deutsche Mieterbund in Köln verlauten ließ, sind schon jetzt viele Mieten "freiwillig" um 50 Prozent heraufgesetzt worden.

+ + +

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Die an die amerikanische Öffentlichkeit gelangte Diskussion darüber, ob an Jugoslawien US-Kriegsmaterial geliefert werden sollte und dürfte, hat auch in Belgrad Wellen geschlagen, die über den Umfang der beabsichtigten Transaktionen hinausgehen. Normalerweise wäre sonst wohl der Wunsch Jugoslawiens, für zwei Millionen Dollar Ersatzteile für militärische Ausrüstungsgegenstände zu erwerben, die Belgrad vor dem Verzicht auf weitere amerikanische Militärhilfe im Jahre 1957 erhalten hatte, weitgehend unbekannt geblieben, wäre dieses Anliegen in den USA nicht in aller Öffentlichkeit - und noch dazu in etwas unpräziser Form - erörtert worden. Präsident Kennedys Erklärung nämlich, die jugoslawische Regierung stelle keineswegs einen Teil der kommunistischen Weltverschwörung dar, weswegen diesem Lande amerikanische Militärhilfe durchaus gewährt werden könne, bedurfte jugoslawischerseits dringend einer Klarstellung, sollte an der jugoslawischen Außenpolitik nicht ein Makel haften bleiben. Diese erfolgte dann auch dahingehend, daß die jugoslawische Regierung in Washington keinesfalls um Militärhilfe ersucht habe, sondern eben nur um den Verkauf gewisser notwendiger Ersatzteile.

Worum es Belgrad mit dieser Präzisierung ging, ist klar: dem Verdacht in den blockfreien Ländern, aber auch den Ostblockstaaten entgegenzuwirken, man gehe irgendwelche neuen Militärarrangements mit dem Westen ein. Solche Vorstellungen hätten insbesondere in Anbetracht des Treffens zwischen Präsident Kennedy und Tito peinlich wirken müssen, aber darüber hinaus generell wie ein jugoslawisches Mißtrauen in die doch eben von Belgrad so tatkräftig geförderte Politik der friedlichen Koexistenz ausgesehen.

Dabei dürfte das beabsichtigte amerikanisch-jugoslawische Militärgeschäft weitweniger wichtig sein als der unlängst stattgefundenen Besuch des jugoslawischen Verteidigungsministers Gosnjak in der Sowjetunion. Dieser mehrtägige Aufenthalt erregte insbesondere einigee Aufsehen, als Gosnjak mehrere Male mit dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Staaten des Warschauer Paktes, Marschall Gretscho, zusammentraf und mit ihm Gespräche führte. Auch in diesem Falle versuchte man mit denselben Publikationsmitteln dem Eindruck entgegenzuwirken, als sei Belgrad bereit, irgendwelche institutionelle militärische Bindungen zum Ostblock einzugehen. Dies war sicherlich unso notwendiger, als anlässlich des Besuchs des sowjetischen Partei- und Regierungschefs Chruschtschow in Jugoslawien manche westliche Presseagenturen auf solche Möglichkeiten hingewiesen hatten.

Man war in diesem Falle bemüht, die jugoslawischen Militärkontakte an seiner Ostflanke des Ballastes einer tieferen politischen Bedeutung zu befreien. Sensationelle Bedeutung kommt sicherlich weder den militärischen Beziehungen Belgrads mit dem Westen noch mit dem Osten zu. Aber trotz aller Berichtigungen korrigiert der jugoslawische Militärbesuch in der Sowjetunion den Eindruck nicht vollkommen, daß sich die jugoslawischen Beziehungen zum Ostblock im militärischen Bereich entsprechend den sich verbessernden politisch-wirtschaftlichen Tendenzen intensivieren. Gosnjaks Besuch war nur ein Anzeichen, das jene noch gar nicht so lange zurückliegende Zeit fast völlig vergessen läßt, die durch die Gewährung amerikanischer Militärhilfe an das kommunistische Tito-Jugoslawien gekennzeichnet gewesen ist.